FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rathaus Spanischer Bau, 50667 Köln

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

Tel: +49 (221) 221-25919
Fax: +49 (221) 221-24555
gruene-fraktion@stadt-koeln.de

An die Vorsitzende des Kölner Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 10.09.2020

AN/1235/2020

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.09.2020

TOP 3.1.2 – Gesundheit hat oberste Priorität – Kalkberg als Hubschrauberstation endgültig aufgeben

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen:

Der Antrag 3.1.2 wird wie folgt geändert:

1. Der Rat der Stadt Köln bekennt sich ausdrücklich zu einer Betriebsstation für Rettungshubschrauber auf dem Gebiet der Stadt Köln. Dies ist für die medizinische Notfallversorgung der Kölner Bevölkerung unerlässlich.

2. ~~Der Kalkberg ist als Standort nicht weiter aufrechtzuerhalten und wird deshalb im Rahmen der weiteren Standortprüfung nicht weiterverfolgt. Eine Nutzung als Hubschrauberbetriebsstation ist ausgeschlossen.~~ *Die Hubschrauberbetriebsstation wird endgültig nicht in Betrieb genommen, Die Verwaltung wird beauftragt, darzulegen, welche Haushaltsauswirkungen eine Aufgabe der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg hat und welche Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der Sanierung und dem Bau der Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg bestehen bzw. im Klageweg noch gefordert werden können.*
   Alle weiteren Sanierungsmaßnahmen des Kalkbergs erfolgen ausschließlich unter den Kriterien Sicherheit der Bevölkerung und Gesundheitsschutz der

Anwohner*innen.
Um zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, wird die Verwaltung beauftragt, in einer weiteren Machbarkeitsstudie die verschiedenen Möglichkeiten einer nachhaltigen, zukünftigen Nutzung unter Einbeziehung der Bürgerschaft darzustellen.

3. Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Bereitschaft des Flughafens, eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie zur dauerhaften Stationierung der Hubschrauber durchzuführen. Hierbei sind insbesondere auch die Belange der anliegenden Wohnbevölkerung zu berücksichtigen.

4. Die „Übergangslösung" Flughafen bleibt bis zur Inbetriebnahme einer neuen Hubschrauberbetriebsstation bestehen. *Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine dem Stand der Technik angemessene Lösung für die momentan vor Ort befindliche Besatzung umzusetzen.*

Begründung:

erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer